

Länderdossier: Sri Lanka, Teil III

von Jakob Rösel

Der Tee- und Kautschuk-Export stagniert jedoch und der 1973 einsetzende 'Ölpreis-Schock' verschärft die negative Zahlungsbilanz der Insel, die Stagnation der Wirtschaft und die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der SLFP-Regierung. Um die Nahrungsimporte zu sichern geht die Regierung zu einem 'barter trade' mit der Volksrepublik China über, bei dem Kautschuk- und Teekontingente gegen Reis und Sojaöl getauscht werden. Die Nahrungsmittelversorgung auf der Insel verschlechtert sich und die drei letzten Jahre der SLFP-Regierung (1975-77) sind von Nahrungsrationierung und einer wachsenden Unterernährung in den peripher gelegenen Distrikten gekennzeichnet.

Bereits vor dem Wahljahr 1977 hat damit die SLFP den Rückhalt bei ihrer traditionellen Wählerbasis weitgehend verloren. Entscheidender aber ist: Ein sowohl von der SLFP wie der UNP bislang verfolgtes Entwicklungsmodell, bei dem für hohe Sozialausgaben und die politische Einbindung der sinhalaischen Wählerschicht eine verlangsamte Wirtschaftsentwicklung in Kauf genommen wurde, hat nun seine Grenzen erreicht. Die Vernachlässigung der ökonomischen Entwicklung, insbesondere des Agrarsektors zugunsten der Durchsetzung eines hohen sozialen Entwicklungsstandes, konfrontiert die beiden Parteien nun mit einer wachsend arbeitslosen und politisch radikalisierten Jugendgeneration. Die dreifache Ausgrenzung der Sri Lanka-Tamilen wiederum - eine Ausgrenzung, die sich wie die Politik der erhöhten Sozialausgaben aus den gleichen ideologischen Wurzeln ableitet und von der sinhalaischen Bevölkerung inzwischen eingefordert wird - konfrontiert den sinhalaischen Staat jetzt mit der Aufstandsbewegung der Tamilen.

Mit der Wahl des Jahres 1977 zeigt sich damit die Notwendigkeit und die Chance eines zweifachen Kurswechsels: des Wechsels zu einem weit stärker ökonomisch und marktorientierten Entwicklungsmodell und zu einer Politik des ethnischen Ausgleichs mit den Minderheiten, vorrangig den Sri Lanka-Tamilen. Wie die Entwicklung seit 1977 aber zeigt, ist der Wahlsieger, die UNP, künftig nicht bereit, parallel zu einer entwicklungspolitischen Wende auch eine innenpolitische und ideologische zu vollziehen. In Konsequenz dieses Versagens zeigt sich seitdem eine widersprüchliche Entwicklung, die von einer Liberalisierung der Wirtschaft, von der Errichtung eines wachsend autoritären Regimes und von einem eskalierenden Bürgerkrieg geprägt ist.

Autoritarismus, Bürgerkrieg und Liberalisierung

Die seit 1946 von der Senanayake-Familie dominierte UNP - ironisch: 'Uncle-Nephew-Party' genannt - wird während der siebziger Jahre von Junius Richard Jayawardene organisatorisch erweitert und zugleich beherrscht. Jayawardene und eine erneuerte UNP versprechen den Wählern eine weitgehende Wirtschaftsliberalisierung, zugleich aber auch eine an den buddhistischen Idealen orientierte moralische Erneuerung der Gesellschaft, eine 'Dharmishta-Gesellschaft'. Im Widerspruch zu diesem erneuten Rückgriff auf einen sinhalaisch-buddhistischen Nationalismus deuten sie aber auch gegenüber den radikalisierten Sri Lanka-Tamilen und TULF-Politikern die Bereitschaft zu Verhandlungen und innenpolitischen Reformen an.

Von einer breiten Koalition der eigenen Anhänger, der ehemaligen SLFP-Sympathisanten, der (Ostküsten)-Tamilen und der Muslime gewählt, kann die UNP mit 51 Prozent der Wählerstimmen wegen des geltenden Mehrheitswahlrechts

eine Fünftel-Parlamentsmehrheit erreichen. Nicht die SLFP, sondern die tamilische TULF avanciert zur stärksten Oppositionspartei. Wie die kommenden zehn Jahre aber zeigen, nutzt Jayawardene seine Machtposition, um mit Hilfe der Verabschiedung und Manipulation einer neuen Verfassung ein verdecktes Einparteienregime aufzubauen, weitreichende Wirtschaftsreformen mit der Unterstützung westlicher Geberländer durchzuführen und den Sri Lanka-Tamilen die erhofften Zugeständnisse zu verweigern. An die Stelle der ethnisch exklusiven Zweiparteien-Demokratie rückt damit die erdrückende Vormachtstellung der UNP, an die Stelle eines wohlfahrtsorientierten Entwicklungsmodells rückt ein marktorientiertes, und an die Stelle einer noch parteipolitisch eingebundenen ethnischen Konfrontation tritt der sich selbstständigende Bürgerkrieg.

Die Ära Jayawardene (1977-1988) und diejenige seines UNP-Nachfolgers Premadasa (er fiel am 1. Mai 93 einem Attentat zum Opfer) brechen deshalb mit der bisherigen Inselgeschichte und sie begründen neue Strukturen und Konflikte.

Autoritarismus

1978 verabschiedet die UNP gegen den Widerstand der Oppositionsparteien eine neue Verfassung. Die dem Westminster-Modell verpflichtete Demokratie wird damit in eine Präsidialdemokratie nach französischem Muster umgewandelt. Jayawardene, der neue Präsident des Landes, stützt seine Machtposition gegenüber Parlament und Partei noch zusätzlich dadurch, daß er undatierte Rücktrittsschreiben aller UNP-Parlamentarier in Händen hält. Die UNP entzieht - mit Hilfe eines 1980 eingesetzten Untersuchungsausschusses - den beiden wichtigsten SLFP-Politikern, Sirimavo Bandaranaike und ihrem Sohn Anura die bürgerlichen und politischen Ehrenrechte. 1982 kann deshalb Jayawardene die Präsidentschaftswahl gegenüber einer führunglosen SLFP überlegen gewinnen. Wenige Monate später nutzt er eine Klausel der neuen Verfassung, um - mit Hilfe eines von Wahlfälschungen und Einschüchterungen gekennzeichneten Referendums - die Sitzungsdauer des zum Zeitpunkt bestehenden Parlamentes bis 1989 zu verlängern. Die von der SLFP Anfang der siebziger Jahre verstaatlichten großen Pressehäuser der Insel behält die UNP im Widerspruch zu ihrem Wahlkampfversprechen unter ihrer Kontrolle. Mit japanischer Unterstützung wird ein vom Staat kontrolliertes Fernsehsystem aufgebaut. Aufgrund der Förderung durch die - jetzt von der UNP dominierten - Staatsbetriebe und mit Hilfe des Einsatzes von UNP-nahen Schlägertrupps entwickelt sich eine UNP-kontrollierte Gewerkschaft zur mitgliederstärksten Gewerkschaftsorganisation auf der Insel. Zugleich werden mit Hilfe neuer Gesetze Streiks nicht nur im staatlich kontrollierten Wirtschaftssektor, sondern in den äußerst vage definierten 'essential services' verboten. Nach der Verabschiedung der neuen Verfassung werden die der UNP gegenüber kritischen Richter des 'Supreme Court' (Oberster Gerichtshof) durch regierungstreue ersetzt und die Richter auf den mittleren und unteren Rängen des Justizapparates sehen sich in immer stärkerem Maße politischem Druck ausgesetzt. Die dank der Parlamentsmehrheit der UNP mühelos durchgeführten, mehr als fünfzehn Verfassungsänderungen, stärken weiterhin die Machtposition der Partei. Zugleich initiiert die UNP neue Entwicklungsprogramme - eine 'Beschleunigung' der Länderschließung, eine moralische 'Erweckung', in Wirklichkeit politische Erfassung der Dörfer -, die der Partei inselweite

Patronagechancen erschließen. Im Schatten dieser Machtkonsolidierung verschärft sich aber seit 1978 der Konflikt zwischen Sri Lanka-Tamilen und Sinhalesen.

Die UNP-Führung verschleppt nach ihrem Regierungsantritt 1977 die Verhandlungen mit den TULF-Politikern und sie konterkariert die geringen Zugeständnisse, die den Sri Lanka-Tamilen vordergründig in der neuen Verfassung und mit einer Distriktreform gemacht werden. Dadurch fördert sie den endgültigen Autoritätsverfall der TULF - ironisch: 'Tamil United Lawers Front' genannt - und sie stärkt unfreiwillig das Ansehen der militanten tamilischen Studentenorganisationen. Die schlagkräftigste dieser Gruppen hat sich inzwischen zu den 'Liberation Tigers of Tamil Eelam' (LTTE) formiert und mit dem bewaffneten Kampf für einen Separatstaat begonnen. Auf die Banküberfälle, die Ermordung tamilischer Beamter und die Angriffe auf Polizeistationen auf der Halbinsel Jaffna seitens der LTTE reagiert die UNP-Regierung mit der Entsendung von Truppen auf die Halbinsel. Die Armee kann sich bei ihren Verhören, Folterungen und Deportationen tamilischer Jugendlicher auf einen neu verabschiedeten, an einer südafrikanischen Gesetzesvorlage orientierten 'Prevention of Terrorism Act' stützen. Darüber hinaus verwandelt die Ausrufung eines Notstandes, eine Serie von 'Emergency Regulations' die Halbinsel in eine rechtsfreie und von sinhalesischen Truppen okkupierte Zone.

Am 23. Juli 1983 überfällt die LTTE einen Militärkonvoi und tötet 13 sinhalesische Soldaten. Die demonstrative Trauerfeier in Colombo löst bereits am Abend und in den folgenden sieben Tagen im gesamten sinhalesischen Siedlungsgebiet das bislang größte Pogrom an den Tamilen aus. Da es in Colombo und in den sinhalesischen Kleinstädten jeweils von den lokalen UNP-Politikern und ihren Gefolgsleuten fast offen unterstützt wird, kann die Plünderung von Wohnungen, Läden und Büros der Tamilen systematisch durchgeführt werden. Mehr als 3.000 Tamilen finden den Tod. Die Regierung schreitet erst nach Tagen ein und äußert kein Wort des Bedauerns. Das Pogrom führt zu einer Massenflucht der in Colombo lebenden Tamilen und es macht diese bislang noch an einem politischen Ausgleich interessierte Schicht zu Mitläufern und Financiers der LTTE. Mit dem Pogrom steigert sich der Konflikt zum Bürgerkrieg.

Dieser Bürgerkrieg konzentriert sich - außer auf die Halbinsel Jaffna - auch auf die südlich davon liegenden Gebiete sowie auf die Ostprovinz, er ruht auf beiden Seiten auf dem Einsatz von jugendlichen Kriegerbanden, er zielt auf eine ethnische Vertreibung und Landnahme und er erweitert sich auch zu einem Konflikt zwischen Sri Lanka und Indien.

Das sinhalesische Militär verliert bald die Kontrolle über die Halbinsel, die Kämpfe richten sich stattdessen auf die leichter zugängliche Ostprovinz aus, in der sinhalesische Neusiedler und die mit der UNP politisch verbündeten Muslime leben. Die mit Zyankaliekapseln ausgestatteten, gut geschulten jugendlichen Kämpfer der LTTE, greifen in der Ostprovinz nicht nur die sinhalesischen Sicherheitskräfte, sondern auch die sinhalesischen Neusiedlerkolonien und bald die von Muslimen bewohnten Dörfer an.

Such die UNP-Regierung bringt ihrerseits jugendliche, sinhalesische Soldaten zum Einsatz. In die jetzt rasch ausgebaute Armee, vor allem aber in die Polizeiondereinheit 'Special Task Force' (STF), werden - weitgehend ungeprüft - arbeitslose sinhalesische Jugendliche rekrutiert, die vorher oft in den Schlägertrupps der UNP-Parlamentarier gedient hatten.

Vor allem die im Osten stationierte STF beantwortet die Überfälle der LTTE mit einer Strategie der 'kollektiven Vergeltung'. Nahegelegene tamilische Dörfer werden abgebrannt, die Bauern vertrieben und die männlichen Jugendlichen werden in Armeelager deportiert. In der Form und unter dem Vorwand einer 'Counter-Insurgency' beginnt ein mittelalterlich anmutender Landnahmekrieg, der die tamilische

Siedlungszone zurückdrängt und für sinhalesische Neusiedlerkolonien Platz schafft. Der Krieg erweitert sich, nachdem die UNP dazu übergeht, in den neuen Siedlerkolonien bewaffnete Milizen, sinhalesische oder muslimische 'Home Guards' aufzustellen, die ihrerseits benachbarte tamilische Dörfer attackieren.

Die LTTE genießt die politische und finanzielle Unterstützung der Bevölkerung, der regionalen Parteien und der Regierung des südindischen Bundesstaates Tamil Nadu. Über die schmale 'Palk Strait' hält die LTTE einen lukrativen Schmuggelverkehr und eine für sie entscheidende militärische und logistische Verbindung aufrecht. Diese ihrer Kontrolle entgleitende regionale Ausweitung des Konflikts betrachtet die indische Zentralregierung, die eine Übertragung des tamilischen Separatismus auf das seit langem von regionalen Parteien beherrschte Tamil Nadu fürchtet, mit wachsendem Mißtrauen.

Aus Angst vor einer unkontrollierbaren Ausweitung und Übertragung des Konflikts entschließt sich im Juli 1987 die Regierung Rajiv Gandhi zu einer diplomatischen und militärischen Intervention. Sie oktroyiert mit dem 'Indo-Sri-Lanka-Peace-Accord' am 29. Juli der Regierung Jayawardene einen Friedensplan auf, der die Insel nach dem Muster Indiens in eine Art Föderation verwandeln soll und den Sri Lanka-Tamilen der künftig zusammenzulegenden Ost- und Nordprovinz gewisse Selbstverwaltungsrechte zugesteht. Zur Entwaffnung der LTTE und zur Durchführung des Friedensplanes stationiert Indien Truppen im Norden und Osten der Insel.

Die LTTE leistet mit Erfolg den - bis 1989 auf 70.000 Mann erhöhten - indischen Truppen Widerstand und zwingt Indien im März 1990 zu einem für diese regionale Hegemonialmacht demütigenden Rückzug. Wenige Wochen nach dem Abzug setzt der Mitte 1989 aus taktischen Gründen von LTTE und UNP-Präsident Premadasa eingestellte Bürgerkrieg wieder in vollem Umfang ein.

Die mißglückte indische Intervention in Sri Lanka löst zugleich einen neuen Schattenkrieg und ethnischen Binnenterror innerhalb der sinhalesischen Mehrheit, zwischen einer radikalisierten Jugendgeneration und dem UNP-Regime, aus. Die nach dem Jugendaufstand von 1971 ab 1978 erneut zugelassene und 1982 wieder verbotene JVP lehnt den Friedensvertrag ab und beginnt Ende 1987 die führenden Vertreter des UNP-Regimes und andere Unterstützer des Abkommens mit Indien zu attackieren, einzuschüchtern und sie zu ermorden. Bei dieser zweiten Aufstandsbewegung findet sie die Unterstützung einer neuen, diesmal von der UNP enttäuschten sinhalesischen Jugendgeneration.

Den mit beispielloser Brutalität und aus einer vollständigen Unsichtbarkeit heraus geführten JVP-Aufstand kann die UNP nur durch den Einsatz eines Gegenterrors, durch den Einsatz von Todesschwadronen Ende 1989 beenden. Dabei finden - nach Schätzungen diplomatischer Kreise in Colombo - rund 30.000 sinhalesische Jugendliche den Tod. Die UNP, unter Führung des Ende 1988 neu gewählten Präsidenten Premadasa rettet damit ihre Macht mit Hilfe eines Terrorfeldzuges gegen die eigene Bevölkerung, der ebensoviele Tote wie der seit 1983 ausgebrochene Tamilen-Aufstand kostet. Seit 1990 sieht sich deshalb das durch die Parlamentswahlen im Februar 1990 nur begrenzt legitimierte UNP-Regime in der schwierigen Lage, die sinhalesische Mehrheit stärker unterstützen und schärfer kontrollieren zu müssen und zugleich die LTTE zurückzudrängen.

Wirtschaftsliberalisierung

Seit ihrer Machtübernahme sieht sich die UNP mit einem immer schwerer wiegenden Zielkonflikt zwischen einer verstärkten Wirtschaftsförderung, einem Festhalten an einem

buddhistischen Wohlfahrtsideal und einer Bekämpfung der tamilischen Aufstandsbewegung konfrontiert. Sie glaubt dennoch die Wirtschaft liberalisieren, einen sinhalesischen Nationalismus monopolisieren und den Bürgerkrieg gewinnen zu können. Die offenen und verdeckten Kosten des Bürgerkriegs belasten aber immer stärker die angestrebte Beschleunigung der Wirtschaftsentwicklung und die Wirtschaftsliberalisierung gerät in Konflikt mit einem offiziell nie widerrufenen und von den sinhalesischen Wählern eingeforderten Anspruch auf staatliche Unterstützung.

Parallel zur Durchsetzung seiner politischen Vormachtstellung initiiert Jayawardene unter Beratung der Weltbank und unter finanzieller Unterstützung der westlichen Geberländer ein breitgefächertes Programm der Wirtschaftsliberalisierung. Es zielt auf die wirtschaftliche Öffnung der Insel, auf eine verstärkte Marktorientierung der Binnenwirtschaft und eine Veränderung der Ausgabeprioritäten der Regierung zugunsten der Stärkung des Entwicklungshaushaltes. Diese Liberalisierungsinitiativen tragen zu einer - im Vergleich zu der SLFP-Ära 1970-1977 - beschleunigten Wirtschaftsentwicklung bei und sie erzielen insbesondere im Bereich der exportorientierten Produktion eindruckliche Ergebnisse. Sie erweisen sich aber immer dort als wirkungslos, wo sie Versorgungsansprüche der UNP-Wählerklientel und Patronagefelder des UNP-Apparates verletzen. Die Wirtschaftsliberalisierung wird damit von den politischen Stabilitätsinteressen der UNP-Führung begrenzt und die langfristige Wirtschaftsentwicklung wird durch den eskalierenden Bürgerkrieg belastet.

Seit 1978 beginnt die UNP mit einem Abbau der Handelsbeschränkungen und sie wertet die Rupie von acht Rupien für den Dollar (1976) auf schließlich 43 Rupien (1992) ab. Die UNP richtet nördlich und nord-östlich von Colombo sowie ab Beginn der 90er Jahre in der Nähe von Galle (110 km südlich von Colombo) 'Investment Promotion Zones' ein, die unter der weitgehenden Kontrolle ausländischer Investoren stehen und in denen relativ qualifizierte und gewerkschaftlich nicht-organisierte Arbeitskräfte - meist Arbeiterinnen - zu Billiglöhnen vor allem Textilwaren für den Export produzieren. Das Wachstum dieser neuen exportorientierten Fertigwarenproduktion ist enorm: Seit 1990 übersteigt der Exportwert dieser Leder- und Textilproduktion den Exportwert der drei Plantagenprodukte.

Eine seit der Jahrhundertwende bestehende Exportabhängigkeit von drei Plantagenprodukten kann damit weitgehend zurückgedrängt werden. Die UNP fördert auch den von der SLFP vernachlässigten Fremdenverkehr: Hatten 1975 lediglich 103.000 Touristen die Insel besucht, so stieg diese Zahl 1982 auf 407.000 an. Das Tamilenpogrom und die Auseinandersetzungen mit der JVP in den südlichen Landesteilen führen jedoch anschließend zu einem starken Rückgang auf jährlich nur noch 180.000 Besucher. Erst ab 1990 erholt sich die Tourismusindustrie wieder und kann an alte Erfolge anknüpfen. Gegenwärtig liegt die Zahl der ausländischen Besucher bei rund 400.000 pro Jahr.

Die UNP erleichtert auch die Arbeitsmigration ceylonesischer Muslime, vor allem aber junger sinhalesischer Frauen in die Golfstaaten. Die vorrangig von diesen Arbeitsmigranten ausgehenden Geldüberweisungen erhöhen sich von drei 3 Millionen US \$ (1970) auf 442 Millionen US \$ (1991).

Dieser Abbau der Handels- und Reisebeschränkungen stößt auf keinen nennenswerten politischen Widerstand, er verlangt der Regierung nur geringe Vorleistungen ab und er erschließt ihr ein neues Unterstützerpotential. Die nun einsetzende Steigerung der Importe, vor allem die Verfügbarkeit von importierten Konsum- und Luxusartikeln - japanische Unterhaltungselektronik, Plastikartikel, Autos, Motorräder und Fahrräder - wird von der Bevölkerung, die sich noch an die Importbeschränkungen und die Warenknappheit der SLFP-Ära erinnert, begrüßt.

Die Handelsliberalisierung führt zu einer Veränderung bei den Handelspartnern Sri Lankas: Unter den Absatzländern dominieren nun die Vereinigten Staaten, aufgrund der gestiegenen Textilexporte, weit vor Großbritannien und Deutschland. Bei den Importländern dominiert vor allem Japan.

Der Versuch der UNP, die Agrar- und Industrieentwicklung zu fördern, gelingt nur in begrenztem Maße. Die UNP hat bereits während des Wahlkampfes versprochen, die Landerschließungs- und Umsiedlungsprojekte in der Trockenzone zu erweitern. Im Rahmen eines nun 'beschleunigten' Mahaveli-Projekts sollen fünf Staudämme zur Energiegewinnung und für Bewässerungsprojekte errichtet werden, 170.000 ha Land sollen erschlossen und 140.000 Familien umgesiedelt werden. Das Projekt wird von der Weltbank und den westlichen Geberländern finanziert. 1985 in seinen technischen Bestandteilen - den Staudämmen, Stromgewinnungszentralen und Kanalanlagen - weitgehend vollendet, kann es zwar die Energieversorgung der Insel verbessern, aber zur Linderung der Landknappheit nur begrenzt beitragen. Die Anlagen der Neusiedlerkolonien und die Umsiedlung kommt nur langsam in Gang. Bis 1990 sind erst 73.000 Familien umgesiedelt worden. Das Projekt verstärkt die staatliche Kontrolle über die neuen und die bereits bestehenden Dörfer in der Trockenzone, und es steigert die Befürchtungen und das Ressentiment der Sri Lanka-Tamilen, weil die UNP-Führung das Projekt als eine Rückeroberung eines sinhalesischen 'Homeland' darstellt.

Parallel zu dieser Erweiterung der sinhalesischen Siedlungszone initiiert die UNP ein Programm der Dorfentwicklung, eine 'Erweckung' der Dörfer, die aber vorrangig auf die politische Kontrolle, nicht aber auf die ökonomische Förderung der Dörfer zielt. Die Regierung verspricht seit 1978 die Privatisierung des staatlich kontrollierten Plantagensektors und vieler Staatsunternehmen. Diese Maßnahmen werden aber nur begrenzt durchgeführt. Seit 1990 wird von einer eventuellen Privatisierung des Plantagenmanagements besprochen (die dann 1992 umgesetzt wird) und erst seit 1991 werden verschiedene Staatsbetriebe - Hotels, Textil- und Reifenfabriken - verkauft. Die Transportindustrie allerdings, die nach 1956 von S.W.R.D. Bandaranaike verstaatlicht worden war, wird seit 1978 für Privatunternehmen geöffnet und die Regierung gestattet die Begründung von privaten Krankenhäusern und Schulen. Sowohl im Agrar- wie im Industriesektor bleibt damit eine weitgehende Staatskontrolle erhalten.

Wie der Plan der Regierung die Wirtschaft zu liberalisieren und die Wirtschaftsentwicklung zu beschleunigen einerseits in Konflikt mit den Leistungsansprüchen der sinhalesischen Wähler und andererseits mit den Kosten eines eskalierenden Bürgerkriegs gerät, zeigt die Entwicklung der Regierungsausgaben. Die UNP sucht die hohen Ausgaben für Erziehung, Gesundheitswesen und Nahrungsmittelsubventionen zu senken und den Entwicklungshaushalt zu fördern. Es gelingt ihr aber nicht, die Ausgaben für Erziehung - 1980 6,7 Prozent, 1991 8,3 Prozent der gesamten Ausgaben - und die Ausgaben für das Gesundheitswesen - 1980 4,9 Prozent, 1991 4,8 Prozent der gesamten Ausgaben - zu senken. Während der SLFP-Ära 1970-1976 hatten die Nahrungsmittelsubventionen zwischen 12 und 17 Prozent der gesamten jährlichen Ausgaben betragen. Die UNP streicht dieses System der staatlichen Preisvorgaben und der Subvention von Grundnahrungsmitteln, sie ersetzt es durch ein System der 'food stamps' und kann die Budgetbelastung 1985 auf zwei Prozent herabsenken. Sie nimmt damit allerdings eine wachsende Fehlernährung in den außerhalb des Tieflandes gelegenen Distrikten in Kauf. Wichtiger aber ist, daß diese radikale Kürzung einer für die ärmeren Bevölkerungsteile wesentlichen Unterstützungsmaßnahme nach Auffassung der Regierung zu jener Verbitterung beiträgt, die sich Ende 1987 in

dem zweiten JVP-Aufstand entläßt.

Um seinen Wahlsieg 1988 zu sichern und die Rückkehr der UNP zu den Idealen der 'Dharmishta'-Gesellschaft zu dokumentieren, verspricht Premadasa ein äußerst kostenaufwendiges Unterstützungsprogramm. Dieses 'Janasaviya'-Programm und weitere Hilfsmaßnahmen belasten seitdem das Budget erheblich. Neben die fortdauernde Belastung durch die Sozialausgaben treten aber seit 1983 die Kosten des Bürgerkriegs. Der Ausbau der Armee und der paramilitärischen Truppen von 1981 rund 30.000 auf mittlerweile rund 150.000 Mann und die Rüstungskäufe der Regierung erzwingen eine ständige Erhöhung der Rüstungsausgaben. Hatten 1980 die Militärausgaben noch weniger als zwei Prozent der Gesamtausgaben betragen, so stieg der Anteil 1991 auf 18 Prozent. Der sozialpolitische und militärische Ausgabendruck engt damit den finanziellen Spielraum der Regierung ein. Dies zeigen die seit dem Einsetzen des Bürgerkrieges beobachtbaren Veränderungen bei den laufenden und bei den Kapitalausgaben der Regierung - 'current expenditure' und 'capital expenditure and lending'.

Die laufenden Ausgaben - die 1978 noch zehn Milliarden Rupien betragen - steigen nun von 25 Milliarden Rupien (1984) auf 84 Milliarden Rupien (1991). Die Kapitalausgaben - die 1978 acht Milliarden Rupien betragen - steigern sich bis 1991 auf 33 Milliarden Rupien. Die Kapitalausgaben - dabei insbesondere die 'economic services', der eigentliche Entwicklungshaushalt der Regierung, der 1984 18 Milliarden betrug, (1990: 19 Milliarden) - halten mit der Verdreifachung der laufenden Ausgaben aber nicht Schritt. Die Gesamtausgaben haben sich damit von 18 Milliarden Rupien (1978) auf 117 Milliarden Rupien (1991) erhöht. 1984 liegt das Budgetdefizit - 'budget deficit after grants' - bei zehn Milliarden, 1991 jedoch bei 35 Milliarden Rupien. Die Zahlungen für den Schuldendienst sind von sieben Milliarden (1984) auf 22 Milliarden Rupien (1991) gestiegen. Bedrohlich ist aber auch die Verschiebung innerhalb der 'current expenditure': Hier stagnieren die Ausgaben für 'economic services', während die Militärausgaben sich verfünffachen. Während des gleichen Zeitraums 1984-1991 begannen zugleich die nach wie vor hohen Ausgaben für 'social services' weiterhin zu wachsen.

Zwei Konsequenzen eines sinhalesischen Nationalismus - soziale Unterstützungsansprüche einer radikalisierten sinhalesischen Wählerschaft und eine Aufstandsbewegung der tamilischen Minderheit - drängen damit die UNP-Regierung nicht nur von ihren entwicklungspolitischen Prioritäten ab, sondern machen sie auch in wachsendem Maße von ausländischer Unterstützung abhängig: Die Entwicklungsleistungen - 'Foreign Loans and Grants': 1984: 11 Milliarden, 1990: 19 Milliarden Rupien - finanzieren im wesentlichen den stagnierenden Entwicklungshaushalt der Regierung. Das bislang zu konstatierende Ergebnis der Versuche einer wirtschaftlichen Liberalisierung ist damit bescheiden.

Auch bei der Zusammensetzung des Bruttoninlandsproduktes zeigt sich lediglich eine Fortsetzung, keine Beschleunigung von Verschiebungen, die bereits seit der Unabhängigkeit sichtbar sind.

Entwicklungsperspektiven

Die 80er Jahre, also die Dekade der Konsolidierung eines UNP-Regimes, eines fortdauernden Bürgerkrieges und einer nur begrenzten ökonomischen Liberalisierung bilden für die Wirtschaft und Gesellschaft Sri Lankas ein verlorenes Jahrzehnt. Die Ursachen für diese ungenügende wirtschaftliche, bedrohliche soziale und verhängnisvolle politische Entwicklung sind aber in der Struktur des sinhalesischen Staates, nicht in dem außenwirtschaftlichen und außenpolitischen Umfeld der Insel zu suchen. Der von den sinhalesischen

Mehrheitsinteressen dominierte Staat hat die tamilische Minderheit ausgegrenzt und deren Aufstandsbewegung zwangsläufig gemacht. Er bleibt auf die Aufrechterhaltung eines hohen sozialen Entwicklungsstandes und umfangreicher Unterstützungsmaßnahmen für die Sinhalesen festgelegt. Ein Abrücken von diesen Zwängen ethnischer Konfrontation und ethnischer Parteilichkeit bedroht ihn mit dem Ressentiment der Wähler oder einer Revolte der Jugendgeneration. Für die Zukunft bedeutet dies aber, daß eher mit einer Fortdauer als einer Verhandlungslösung des Bürgerkrieges zu rechnen ist. Es bedeutet zugleich, daß auch künftig eher mit der Beibehaltung kostspieliger Unterstützungsmaßnahmen als mit deren Senkung zu rechnen ist. Eine politische und eine soziale Konsequenz des sinhalesischen Nationalismus und des von ihm geprägten Staates engen deshalb auch in Zukunft den Handlungsspielraum der Regierung und die Entwicklungschancen der Insel ein.

Literatur

- Bechert, H. 1966: Staat und Gesellschaft in den Ländern des Theravada-Buddhismus I: Grundlagen. Ceylon, Wiesbaden
- 1978: S.W.R.D. Bandaranaike and the Legitimation of Power through Buddhist Ideals, in: Bardwell L. Smith (Hrsg.): Religion and Legitimation of Power in Sri Lanka, 199 - 211. Chambersburg.
- Betz, J. 1982: Wirtschafts- und Entwicklungspolitik in Sri Lanka seit 1977 (Mitteilungen des Instituts für Asienkunde, Bd. 129), Hamburg.
- Brow, J. 1988: In Pursuit of Hegemony, Representations of Authority and Justice in a Sri Lankan Village, in: American Ethnologist, 15.
- Central Bank of Sri Lanka: Annual Reports, Reviews of the Economy), Colombo.
- Domrös, M. 1976: Sri Lanka, Darmstadt.
- Donner, J. 1983: Sri Lanka, in: D. Nohlen und F. Nuscheler (Hrsg.), Handbuch der Dritten Welt, Band 7, Ludwigsburg, 226 - 248.
- Gombrich, R. 1988: Theravada Buddhism, A Social History from Ancient Benares to Modern Colombo. London.
- Keamy, R. N. 1973: The Politics of Ceylon (Sri Lanka), Ithaca/London.
- Leach, E. R. 1959: Hydraulic Society in Ceylon, in: Past and Present 15.
- Malalagoda, K. 1976: Buddhism in Sinhalese Society, 1750 - 1900, A Study of Religious Revival and Change., Los Angeles.
- Manor, J. (Hrsg.) 1984: Sri Lanka in Change and Crisis, London.
- 1989: The Expedient Utopian, Bandaranaike and Ceylon, Cambridge, Cambridge University Press.
- Meyer, E. 1982: Bourgeoisie et Société Rurale á Sri Lanka, 1880 - 1940, in: Jean Pouchépadas (ed.), Caste et Classe en Asie du Sud, Paris, Editions de l'École des Hautes Etudes en Science Sociale.
- Moore, M. 1989: The Ideological History of the Sri Lanka 'Peasantry', in: Modern Asian Studies, 23, 179 - 207.
- Peebles, P. 1982: Sri Lanka, A Handbook of Historical Statistics, Boston.
- Ponnambalam, 1981: Dependent Capitalism in Crisis; The Sri Lanka Economy - 1980, New Delhi/Colombo/London.
- Roberts, M. (Hrsg.) 1979: Collective Identities, Nationalisms and Protest in Modern Sri Lanka, Colombo.
- Robinson, F. (Hrsg.) 1989: The Cambridge Encyclopedia of India, Cambridge.
- Rösel, J. 1991: Geheimnis, Terror und der Zerfall staatlicher Macht auf Sri Lanka, in: Thomas Scheffler (Hrsg.), Ethnizität und Gewalt, Hamburg.
- Rösel, J. 1993: Buddhismus als Ziel, Methode, Motiv und Schutz 'nationaler' Entwicklung, in: Sociologus, 43, 1 - 3.
- 1993: Sri Lanka - Entwicklungshilfe als Druckmittel zur Einhaltung von Menschenrechten, in: EPD, Nr. 36, 1 - 59.
- Silva, K. M. de, 1973: History of Ceylon, Bd. 3, Colombo.
- Snodgrass, D. R. 1966: Ceylon: An Export Economy in Transition, Homewood (Ill.).
- Spencer, J. (Hrsg.) 1990: Sri Lanka, History and the Roots of conflict, London.
- Tennekoon, S. 1988: Rituals of Development, The Accelerated Mahaveli Development Program of Sri Lanka, in: American Ethnologist, 15.

Anmerkung: Die neueren Entwicklungen seit 1993 wurden in diesem Dossier nicht behandelt. Der Autor ist Mitarbeiter des Arnold Bergstraesser Institut in Freiburg.